

Realisierung:



Die Zukunft der Kooperation zwischen Deutschland und Brasilien

Positionen und Vorschläge der deutschen und brasilianischen Zivilgesellschaft

Organisation:



Realisierung:



Die Zukunft der Kooperation zwischen Deutschland und Brasilien

Positionen und Vorschläge der deutschen und brasilianischen Zivilgesellschaft

Einleitung

Die vier Jahre der Regierung Bolsonaro haben ein dramatisches Erbe hinterlassen, insbesondere im Umweltbereich und der Menschenrechtspolitik. Deutlichstes Anzeichen dafür ist der Anstieg der Entwaldung in Amazonien und dem Cerrado sowie die explodierenden Invasionen in indigene Territorien und Schutzgebiete. Dies ist kein Versagen, sondern das Resultat der Umsetzung von Wahlversprechen Bolsonaros. Die Umweltgovernance wurde zum Feindbild und dann systematisch abgebaut. Besonders dramatisch waren die Auswirkung dieser Politikwende im Umweltministerium unter dem Minister Ricardo Salles. Hier war der Boykott des Fundo Amazônia der sichtbarste Ausdruck der Anti-Umweltpolitik des Ministeriums unter seiner Führung. Aber auch die Angriffe auf Menschenrechte und insbesondere auf die Rechte der LGBTQI* haben vier Jahre der Regierung Bolsonaro geprägt.

Dies alles hat auch die internationale Kooperation zutiefst erschüttert. Das Umweltministerium war zu einem wichtigen und strategischen Partner der EZ geworden. Und mit dem Programm zur Reduzierung von Entwaldung - PPCDAM wurde eine Erfolgsgeschichte in der Reduzierung von Entwaldung

Organisation:



geschrieben, die nicht zuletzt auf eine gelungene Kombination von brasilianischer Politik und internationaler Kooperation beruht.

Die Wahl von Lula eröffnet nun die enorme Chance für eine grundlegende Wende, einen Reset in der brasilianischen Umwelt- und Menschenrechtspolitik. Die Äußerungen von Lula zur Klima- und Umweltpolitik machen Hoffnung. Die Prioritäten werden neu gesetzt! In einem deutsch-brasilianischen Dialogprozess zwischen den zivilgesellschaftlichen Netzwerken KoBra und PAD, der seit längerem die Debatte um die deutsch-brasilianische Kooperation begleitet, entstand die Idee ein Dokument zu erstellen, das Vorschläge für die zukünftige Kooperation zwischen Brasilien und Deutschland systematisiert¹.

Dringlichkeit: Die Zeit zum Handeln ist jetzt!

Im letzten Jahr der Regierung Bolsonaro haben die Abholzung der Wälder und das Eindringen in Schutzgebiete erneut zugenommen. Dies deutet darauf hin, dass sich die Erfahrung von 2002/2003 wiederholen könnte: Angesichts der Androhung strengere Maßnahmen durch die Regierung Lula mit der damaligen Umweltministerin Marina Silva nahm die Entwaldung dramatisch zu. Daher ist es von unmittelbarer Bedeutung, insbesondere im Bereich der Entwaldungsbekämpfung rasch zu handeln. Auch die internationale Zusammenarbeit muss schnell reagieren und eine sofortige Intensivierung der Umweltkontrollen ermöglichen, zumal der Haushalt für 2023 nur wenig Spielraum für die Finanzierung lässt. Daher sollten zu diesem Zweck Mechanismen für Sofortmaßnahmen oder die Nutzung bestehender Programme wie das Programm zur Förderung von Schutzgebieten ARPA und Amazonasfonds geschaffen werden.

a. Reaktivierung des Amazonasfonds

Wir begrüßen die Ankündigungen, den Amazonasfonds wieder in Gang zu setzen. Der Amazonasfonds ist ein zentrales Instrument im Kampf gegen Entwaldung und für die Förderung nachhaltiger Entwicklung. Er verfügt über beachtliche, bereits bewilligte Mittel und funktioniert (wenn auch prekär) noch. Seine volle Funktionsfähigkeit sollte daher möglichst schnell wieder

¹ Dieses Dokument ist eine Gemeinschaftsarbeit der Netzwerke PAD und KoBra, unter Mitwirkung der Articulação para o Monitoramento dos Direitos Humanos no Brasil - AMDH, der Coordenadoria Ecumênica de Serviços - CESE, der Federação de Órgãos para a Assistência Social e Educacional - FASE, dem Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika - FDCL, der Brasilien Initiative Berlin und SOS Corpo – Instituto Feminista para a Democracia sowie dem Movimento Nacional de Direitos Humanos - MNDH.

hergestellt werden. Bereits ausgearbeitete und eingereichte Projekte können umgehend bewilligt werden.

Bei einem Neustart des Amazonasfonds sollten aber auch die zentralen lessons learnt der Vergangenheit beachtet werden und eine Überarbeitung der Funktionsweise des Fonds erfolgen. Insbesondere sollte der Zugang des Fonds für Organisationen der Zivilgesellschaft und für Organisationen indigener Völker und traditioneller Gemeinschaften erleichtert werden.

b. Sofortmaßnahmen gegen die Entwaldung

Das Jahr 2022 brachte in Erwartung des Regierungswechsels einen neuen deutlichen Anstieg der Entwaldungsraten. Dies geschah wie erwähnt auch 2002: Die Wahl Lulas und die Ernennung von Marina Silva zur Umweltministerin führten zunächst zu einem Anstieg der Entwaldung, bis die Maßnahmen der neuen Regierung ab 2004 Wirkung zeigten. Eine Wiederholung dieser Entwicklung im Jahr 2023 wäre angesichts der bereits fortgeschrittenen Entwaldung fatal. Daher sind energische Maßnahmen im Bereich "Command and Control" dringend erforderlich, auch um ein politisches Signal zu setzen. Die Teams der für Umweltkontrollen in Schutzgebieten zuständigen Umweltbehörde existieren, allerdings ausgedünnt und ohne finanzielle Mittel. Dank internationaler Mittel (z. B. aus dem ARPA-Programm) war es möglich, auch während der Regierung Bolsonaro Kontrollen durchzuführen. Mit einer neuen Regierung können die bereitgestellten Mittel eine große unmittelbare Wirkung haben.

Mittelfristig, d.h. in den nächsten zwei Jahren, wird der Schwerpunkt auf der Unterstützung der Umstrukturierung der zentralen Institutionen der Umweltverwaltung liegen: Ibama, ICMBio, Funai, Inkra sowie die Bundespolizei und die föderalen Sicherheitsbehörden.

Aktionsvorschläge für die deutsch-brasilianische EZ:

- Aufnahme von Verhandlungen über Sofortmaßnahmen zur Kontrolle von Entwaldungen
- Sondierung mit anderen Geberländern über ein Sofortprogramm zur Wiederherstellung der Umweltgovernance
- Wiederaufnahme der Kooperation mit dem Umweltministerium
- Entwicklung eines Programms zur Rekonstruktion und zur Stärkung der Umweltbehörden in Brasilien

Neue Perspektiven für die Kooperation zwischen Brasilien und Deutschland

1. Demarkierung und Konsolidierung von Indigenen Gebieten (Terras Indígenas)

Zwei zentrale und dringende Herausforderungen werden von indigenen Organisationen und der brasilianischen Zivilgesellschaft benannt: zum einen die Wiederaufnahme der Demarkierungen und zum anderen die Konsolidierung bereits demarkierter indigener Gebiete.

Ein Ansatz, der weitgehend positiv bewertet wurde, ist das Programm zur Konsolidierung indigener Gebiete - PNGATI , dessen Förderung verstärkt und um konkrete Umsetzungsmaßnahmen erweitert werden könnte. All dies wird nur möglich sein, wenn die zuständigen Institutionen funktionieren. Funai hat besonders unter der Regierung Bolsonaro gelitten. Es ist noch nicht klar, wie die für indigene Gebiete zuständigen Institutionen neu strukturiert werden sollen. Aber in jedem Fall ist deren Stärkung eine dringende Aufgabe.

Aktionsvorschläge für die deutsch-brasilianische EZ:

- Unterstützung für ein Sofortprogramm zur Stärkung von Funai oder ihrer Nachfolgeorganisation
- Förderung von Programmen zur Sicherung indigener Gebiete. Dazu gehören sowohl die selbstorganisierte Überwachung (vigilâncias indígenas) als auch die Maßnahmen der staatlichen Sicherheitsorgane.
- Stärkung der indigenen Organisationen
- Unterstützung für die Wiederaufnahme der Förderung der Demarkierung indigener Gebiete, wenn möglich in ganz Brasilien und nicht nur im Amazonasgebiet.
- Stärkere Unterstützung für die PNGATI mit besonderem Schwerpunkt auf der Umsetzung.
- Bei all diesen Vorschlägen sollte geprüft werden, inwieweit der Amazonas-Fonds für die Finanzierung von Notfällen genutzt werden kann und welche Maßnahmen zu der Unterstützung indigener Fonds getroffen werden können.

2. Unterstützung für die Konsolidierung und Ausweitung von Schutzgebieten und Gebieten traditioneller Gemeinschaften

Neben den indigenen Gebieten haben die Schutzgebiete eine wichtige Rolle bei der Verhinderung der Entwaldung gespielt.

Obwohl auch sie durch Invasionen und insbesondere durch illegalen Holzeinschlag und Bergbau bedroht sind, ist die Entwaldung in Schutzgebieten nach wie vor deutlich geringer als außerhalb dieser Gebiete. Besonders wichtig sind Schutzgebiete, die die Anwesenheit und wirtschaftliche Nutzung traditioneller Gemeinschaften ermöglichen. Aufgrund der Rückschläge während der Regierung Bolsonaro sind weitere Maßnahmen erforderlich, um sicherzustellen, dass Schutzgebiete nicht nur auf dem Papier existieren, sondern realen Schutz für Natur und Menschen bieten.

Ein spezieller Fokus sollte dabei auf die rechtliche Absicherung von Territorien von Quilombolas gerichtet werden.

Schon vor der Regierung Bolsonaro wurden kaum Fortschritte bei der rechtlichen Absicherung/Regulierung der Gebiete der Quilombolas gemacht. In diesem Fall besteht ein besonders großes Defizit. Bislang hat die deutsche Kooperation die Quilombolas kaum unterstützt.

Vorschläge für Maßnahmen der deutsch-brasilianischen EZ:

- Sofortige Verstärkung der Kontrolle illegaler Aktivitäten in Schutzgebieten; Unterstützung von ICMBio für Sofortmaßnahmen
- Erneuerung und Stärkung internationaler Programme zur Konsolidierung von Schutzgebieten (ARPA)
- Unterstützung von Programmen zur Förderung der wirtschaftlichen Tätigkeit der Gemeinschaften in Schutzgebieten.
- Unterstützung von ICMBio und anderen Institutionen, um auch mit dieser Perspektive zu arbeiten (das Landwirtschaftsministerium wurde nicht als geeigneter Partner für die Zusammenarbeit mit traditionellen Gemeinschaften angesehen).
- Besondere Unterstützung für den rechtlichen Schutz der Quilombola-Territorien aufbauen.
- Prüfung einer möglichen Zusammenarbeit mit INCRA bei der Regulierung der Quilombola -Territorien

3. Unterstützung der Agrarökologie in Brasilien

Die brasilianische Agrarindustrie ist in den letzten Jahren stark expandiert. Diese Expansion beruht hauptsächlich auf großflächigen Monokulturen, dem intensiven Einsatz von Pestiziden und Herbiziden und gentechnisch veränderten Pflanzen. Der größte Teil der Landnutzung geht auf das Konto Viehzucht, die der wichtigste Treiber für Entwaldung bleibt. Dieses Agrarmodell ist weder nachhaltig, noch kann es die brasilianische Bevölkerung ernähren.

Die kleinbäuerliche Landwirtschaft ist nach wie vor der wichtigste

Produzent von Nahrungsmitteln für die brasilianische Bevölkerung. Die Priorisierung der Agrarindustrie durch die Regierung Bolsonaro hat die Rückkehr des Hungers in Brasilien gefördert und eine nicht-nachhaltige Landwirtschaft gestärkt.

Die deutsche EZ sollte daher ein agrarökologisches Programm fördern, das nachhaltige Praktiken mit einer Produktion von gesunden Nahrungsmitteln verbindet und gleichzeitig einen Beitrag zum Klimaschutz leistet. Brasilien verfügt über einen definierten politischen Rahmen (Política Nacional de Agroecologia e Produção Orgânica / PNAPO) sowie eine äußerst aktive agrarökologische Bewegung und bietet damit sehr gute Voraussetzungen für eine solche Förderung.

Die Entwicklung von Alternativen zum nicht-nachhaltigen Agrarmodell der brasilianischen Agrarindustrie ist eine entscheidende Herausforderung für die kommenden Jahre. Es mangelt nicht an vielversprechenden und angewandten Erfahrungen im Bereich der Agrarökologie, die seit vielen Jahren von MISEREOR, Brot für die Welt und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren, aber auch in staatlicher Zusammenarbeit unterstützt werden. Neben der Articulação Nacional de Agroecologia (ANA), die ein starker Akteur der brasilianischen Zivilgesellschaft ist, haben auch die sozialen Bewegungen in Brasilien (Landarbeitergewerkschaften, Landlosenbewegung MST) verstärkt die Ideen der Agrarökologie aufgegriffen.

Dies ist eine ideale Voraussetzung für die Förderung der Agrarökologie als Politikansatz, die über die derzeitige Projektförderung von hinausgeht.

Aktionsvorschläge für die deutsch-brasilianische EZ:

- Sofortige Aufnahme von Prüfungen über die Potentiale der Agroökologie in Brasilien
- Möglichst schnelle Aufnahme von Verhandlungen über eine Förderung eines nationalen Programms. Der Partner in diesem Programm sollte das neu zu schaffende Ministerium für familiäre, kleinbäuerliche Landwirtschaft und gesunde Ernährung sein

4. Feministische Entwicklungspolitik

Deutschland hat sich zu einer feministischen Außen- und Entwicklungspolitik verpflichtet. Diese Neudefinition wird von der brasilianischen Zivilgesellschaft und insbesondere von der feministischen Bewegung sehr begrüßt.

Der Feminismus sollte jedoch nicht als "Exportartikel des Nordens" betrachtet werden. Konkret sollte sich eine feministische Entwicklungspolitik an den Lebensrealitäten und Ideen der betroffenen Frauen und Basisgruppen orientieren, d.h. die Akteurinnen aus dem so genannten Globalen Süden, insbesondere die feministische Bewegung und Frauenorganisationen aus marginalisierten Gruppen, sollten eine entscheidende Rolle bei der strategischen Planung einer feministischen EZ spielen. In der brasilianischen Gesellschaft gibt es zahlreiche gute feministische Praktiken, die in diesem Prozess berücksichtigt werden sollten.

Brasilien und Deutschland könnten Pionierländer bei der Umsetzung des Konzepts einer feministischen Außen- und Entwicklungspolitik werden. Außerdem sollte hierbei das Konzept einer „just economic transition“ Berücksichtigung finden.

Aktionsvorschläge für die deutsch-brasilianische EZ:

- Einen Dialogprozess zwischen der deutschen Regierung und der brasilianischen Frauenbewegung in ihrer Gesamtheit einleiten, um eine feministische Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Brasilien zu realisieren
- Bestehende und geplante Programme der technischen und finanziellen Zusammenarbeit anhand der Kriterien einer feministischen Entwicklungszusammenarbeit planen, überprüfen und bewerten
- Einrichtung einer jährlichen Konsultation auf Einladung der deutschen Botschaft in Brasilien und der brasilianischen Botschaft in Deutschland zur Überprüfung der Menschenrechtssituation von Frauen, der LGBTQI+-Gemeinschaft und anderen gefährdeten Gruppen. Zu definieren wäre dabei, welche Rolle das Netzwerk UNIDAS spielen sollte.
- Konzeption und Umsetzung spezifischer Programme zur Förderung des Nord-Süd- und Süd-Süd-Austauschs zwischen verschiedenen feministischen Ansätzen
- In allen bilateralen Kooperationsprogrammen ist die Beteiligung der Zivilgesellschaft mit einem Frauenanteil von 50 % in den Programmsteuerungsgremien vorzusehen

5. Schutz der Menschenrechte

Der Schutz der Menschenrechte ist eine der Säulen der deutschen EZ. Brasilien ist eines der gefährlichsten Länder der Welt für Menschenrechtsverteidiger:innen, insbesondere für Umweltaktivist:innen, die LGBTQI+-Gemeinschaft, Journalist:innen und indigene Führer:innen. Die Regierung Bolsonaro hat diese verheerende Menschenrechtsbilanz noch verschlimmert. Die staatlichen Schutzeinrichtungen und

-programme wurden systematisch geschwächt bzw. abgebaut. Gleichzeitig haben sich gewalttätige Handlungen vervielfacht. In ländlichen Gebieten haben sich bewaffnete Gruppen, die im Auftrag des Großgrundbesitzes und von Agrarunternehmen handeln, zu aggressiven Akteuren des organisierten Verbrechens entwickelt, die die Kontrolle über immer mehr Gebiete und Bevölkerungsgruppen anstreben.

Aktionsvorschläge die deutsch-brasilianische EZ:

- Stärkung der Schutzmechanismen für Menschenrechtsverteidiger:innen auf staatlicher Ebene in Brasilien sowie Einsatz von Schutzinstrumenten wie der Elisabeth-Selbert-Initiative für besonders gefährdete Personen, Organisationen und Gruppen. Erforderlichenfalls sollten spezifische Schutzsysteme in spezifische Kooperationsprogramme im Rahmen des Amazonas-Fonds vorgesehen werden. Diese Maßnahmen sind regelmäßig auf ihre Wirksamkeit hin zu überprüfen
- Systematische Unterstützung der für die Menschenrechte zuständigen Regierungsstellen (z. B. der für Menschenrechtsfragen zuständigen Staatsanwaltschaft MPF, Funai, INCRA) und der Partizipations- und Kontrollorgane auf allen Ebenen (lokal, bundesstaatlich, föderal)
- Klare und überprüfbare Bedingungen für Fortschritte im Bereich der Achtung, des Schutzes und der Gewährleistung der Menschenrechte in den Einsatzgebieten der deutschen Entwicklungszusammenarbeit
- Voraussetzung für den Einsatz des deutschen Entwicklungszusammenarbeit ist die Bekämpfung der organisierten Kriminalität in deren Einsatzgebieten
- Prüfung der Einrichtung eines spezifischen deutschen EZ-Programms/Finanzierung für den Menschenrechtsschutz in Brasilien
- Einrichtung eines (z.B. jährlichen) Konsultationsprogramms in der deutschen Botschaft zur Beobachtung der Menschenrechtssituation in Brasilien
- Prüfung der Einrichtung eines Programms nach dem Vorbild der EU und elf weiterer Länder, darunter auch Deutschland, in Kolumbien "Defendamos la vida", mit dem Ziel, auf Menschenrechtsverletzungen sofort reagieren zu können.

<https://www.elespectador.com/colombia-20/paz-y-memoria/defendamos-la-vida-la-campana-europea-por-los-lideres-sociales-article/>

6. Brasilien als Partner bei der Energiewende

Die deutsch-brasilianische staatliche Zusammenarbeit im Bereich der Förderung erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz hat

eine lange Tradition. Diese Ansätze haben dazu beigetragen, dass sich das Thema erneuerbare Energien und Energieeffizienz in der brasilianischen Regierungspolitik etabliert hat.

Die neue deutsche Bundesregierung sieht den Aufbau und die Stärkung von Energiepartnerschaften als einen zentralen Eckpfeiler der Außen- und Entwicklungspolitik. Brasilien sollte auch eine wichtige Rolle in der Strategie der deutschen Regierung für die grüne Wasserstoffproduktion spielen. Die natürlichen und infrastrukturellen Bedingungen in Brasilien sind günstig, und die neuen Regierungen beider Länder werden den Ausbau und die Aufrechterhaltung der Zusammenarbeit in diesem Bereich sicherlich unterstützen.

Aus Sicht der Zivilgesellschaft ist jedoch gerade bei der Initiative für grünen Wasserstoff (aber auch bei den Programmen für erneuerbare Energien) ein Mangel an Transparenz und Beteiligung der lokalen Bevölkerung an den in diesem Bereich geplanten und durchgeführten Projekten festzustellen. Bei der Produktion von grünem Wasserstoff wird befürchtet, dass überdimensionierte Großprojekte entstehen, die die Auswirkungen auf die lokale Bevölkerung und die Umwelt nicht ausreichend berücksichtigen. Die international anerkannten Anhörungsrechte müssen respektiert werden.

Aktionsvorschläge für die deutsch-brasilianische EZ:

- Einleitung eines Konsultationsprozesses mit der Zivilgesellschaft und interessierten und betroffenen Gruppen über die Strategie für die Zusammenarbeit in den Bereichen erneuerbare Energien und Energieeffizienz
- Information, Transparenz, Konsultation und Einbeziehung der Zivilgesellschaft in eine Kooperationsstrategie für die Produktion von grünem Wasserstoff in Brasilien für den Export nach Deutschland
- Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Planung und Gestaltung konkreter Programme und Projekte im Bereich des grünen Wasserstoffs unter Berücksichtigung des Nutzens für betroffene Bevölkerung

7. Gefährliche Pestizide und doppelte Standards: Exportverbot aus Deutschland dringend erforderlich

Brasilien ist der weltweit größte Verbraucher von Agrargiften, Tendenz steigend. Von den unter Bolsonaros Regierung neu zugelassenen Pestiziden enthalten 818 mindestens einen in der EU verbotenen Wirkstoff. Zwei deutsche Unternehmen gehören

zu den größten Pestizidverkäufern in Brasilien: Bayer und BASF. Sie vermarkten in Brasilien Pestizide mit in der EU verbotenen Wirkstoffen. Laut einer aktuellen Umfrage gehören 45 Produkte von Bayer und BASF zu den Pestiziden, die von der Regierung Bolsonaro freigegeben wurden.

Im Koalitionsvertrag der deutschen Bundesregierung heißt es: "Wir werden die rechtlichen Möglichkeiten nutzen, um die Ausfuhr bestimmter Pestizide, die in der EU aus Gründen des Gesundheitsschutzes nicht zugelassen sind, zu verbieten." Selbst im Falle eines Ausfuhrverbots besteht die Gefahr von Gesetzeslücken. Deshalb fordern europäische und deutsche zivilgesellschaftliche Organisationen die Bundesregierung auf, unverzüglich ein Exportverbot für Pestizide per Verordnung durchzusetzen, um Risiken für die menschliche Gesundheit und die Umwelt in Ländern des globalen Südens rechtzeitig zu verhindern.

Aktionsvorschläge für die deutsch-brasilianische EZ:

- Exportverbot für gesundheitsschädliche Pestizide, entsprechend dem Beschluss des Koalitionsvertrages sowie der Initiative des deutschen Landwirtschaftsministeriums;
- Druck der deutschen Regierung auf die beteiligten deutschen Unternehmen BASF und Bayer mit Verweis auf die Sanktionen im Rahmen des Lieferkettengesetzes;
- Einbeziehung dieses Themas in den laufenden Dialog zwischen Deutschland und Brasilien über die Agrarpolitik.

8. Lieferketten

Nach jahrelangem Druck aus der deutschen Politik und Zivilgesellschaft wurde das Gesetz zur unternehmerischen Sorgfaltspflicht in Wertschöpfungsketten im Jahr 2021 im Bundestag verabschiedet und wird 2023 in Kraft treten. Auf europäischer Ebene wird derzeit eine noch strengere Version eines Gesetzes zur Wertschöpfungskette an das Europäische Parlament weitergeleitet, nachdem es die Zustimmung der Regierungen erhalten hat, und dürfte bald verabschiedet werden. Im europäischen Fall können NRO rechtliche Schritte gegen Unternehmen einleiten, in deren Lieferkette Menschenrechte verletzt werden.

Der Vorschlag der Europäischen Kommission zum Gesetz für entwaldungsfreie Lieferketten kann als Fortschritt betrachtet werden (mit der Einschränkung, dass er nur das Amazonas-Biom und nicht das Savannengebiet Cerrado und das Feuchtgebiet Pantanal berücksichtigt).

Aktionsvorschläge die deutsch-brasilianische EZ:

- Klärung und Transparenz der deutschen EZ gegenüber der brasilianischen Zivilgesellschaft über die möglichen Auswirkungen des Lieferkettengesetzes, einschließlich der Kontroll- und Umsetzungsmechanismen
- Vorstellung und Diskussion der von der deutschen EZ geplanten Maßnahmen zur Umsetzung der Wirkungen des Gesetzes in Brasilien (Studien, Dialogforen, Teilkomponenten laufender EZ-Projekte)

9. Beteiligung der Zivilgesellschaft

Die Einbeziehung und Förderung der Zivilgesellschaft ist ein wesentliches Element der deutschen Außen- und Entwicklungspolitik. Es werden Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt, um das Engagement der Zivilgesellschaft in der humanitären Hilfe und der EZ finanziell zu unterstützen. In den Partnerländern wird die Beteiligung der Zivilgesellschaft als Voraussetzung für den Erfolg von Entwicklungsprogrammen angesehen. Für die NROs stellt sich die Frage, wie sie konkret in die Planung, das Monitoring, die Durchführung und die Evaluierung der deutschen EZ-Projekte in Brasilien eingebunden werden können. In der Vergangenheit wurden hervorragende Erfahrungen gemacht, zum Beispiel mit Demonstrationsprojekten im Rahmen des internationalen Pilotprogramm zur Bewahrung der brasilianischen Tropenwälder PPG 7.

Aktionsvorschläge die deutsch-brasilianische EZ:

- Beteiligung der Zivilgesellschaft an bilateralen Verhandlungsprozessen.
 - Zugang zu relevanten Informationen bei der Vorbereitung von Regierungskonsultationen und Verhandlungen (Transparenz)
 - Gemeinsame Vorbereitung während der üblichen Konsultationen in Deutschland
 - Teilnahme in angemessener Form an Konsultationen und Verhandlungen (z.B. mit Beobachterstatus)
- Durchführung von EZ-Programmen durch NROs
 - Einbindung von Organisationen der Zivilgesellschaft in die Durchführung von EZ-Projekten. Neue Formate und Instrumente dazu wären festzulegen

- Möglichkeiten für zivilgesellschaftliche Akteure, sich an der Planung, Monitoring und Evaluierung von Projekten der EZ zu beteiligen

- Regelmäßige und Ad-hoc-Konsultationen oder andere Gesprächsformate mit dem BMZ und dem Auswärtigen Amt sowie der Deutschen Botschaft in Brasilien
- Innovative Umsetzungsformen wie Fonds, Finanzierungsfazilitäten, Umsetzungsinstrumente für EZ-Projekte mit Beteiligung der Zivilgesellschaft sollen entwickelt werden

10. Gemeinsame Projekte im multilateralen Rahmen

Deutschland und Brasilien werden in Zukunft bei multilateralen Agenden intensiver zusammenarbeiten können, als dies in den letzten fünf Jahren möglich war. Es liegt auch im Interesse der Zivilgesellschaft, die Außen- und Kooperationspolitik beider Länder in multilaterale Strukturen einzubinden.

Unter den multilateralen Agenden mit Potenzial für ein gemeinsames Vorgehen der beiden Länder, an dem die Zivilgesellschaft interessiert und bereits engagiert ist, sind folgende hervorzuheben:

1. Dringende Reaktivierung der strategischen Partnerschaften Deutschland/Brasilien und Brasilien/Europäische Union
2. G20 - Im zweiten Jahr der Lula-Regierung wird Brasilien den Vorsitz der G20 übernehmen. Dies wird der Schwerpunkt der brasilianischen Außenpolitik im Jahr 2024 sein. Das Gastgeberland organisiert im Vorfeld des Gipfels zahlreiche Sektorgespräche und bringt eigene Initiativen auf den Weg und bestimmt maßgeblich die G20-Agenda des Jahres. Hier können gemeinsame Aktivitäten der beiden Länder zum Tragen kommen
3. System der Vereinten Nationen - neben dem **Global Compact on Migration**, der **Klimakonvention** und der **Biodiversitätskonvention** bleibt die Umsetzung der Agenda 2030, der Sustainable Development Goals (SDGs) innerhalb der Vereinten Nationen, der verbindliche Rahmen für staatliches und nichtstaatliches Handeln für nachhaltige Entwicklung. Die Agenda 2030 ist auch der geeignete Rahmen für die multilaterale Zusammenarbeit
4. Süd-Süd- und Dreieckskooperation
5. Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung - OECD

Aktionsvorschläge für die deutsch-brasilianische EZ:

- Kommunikation der deutschen Klimadiplomatie mit der brasilianischen Zivilgesellschaft über die Kontaktstruktur in der deutschen Botschaft (gibt es z.B. schon den oder die vom Auswärtigen Amt vorgesehene/n "Klimabeauftragte/n"?)
- Noch intensivere Einbindung staatlicher und nichtstaatlicher Partner in die globalen Programme der deutschen EZ in den Bereichen Klima, Biodiversität und Migration

Realisierung:



Organisation:

